



# Für eine solidarische FU!

## Studierende beschließen Forderungskatalog

Presseerklärung vom 20. Januar 2011

Die Urabstimmung "Für eine solidarische FU", die parallel zu den Wahlen zum Studierendenparlament angesetzt wurde, stieß auf die überwältigende Zustimmung von 90,04% der Wahlbeteiligten. Der ASTA FU sieht seinen Kurs bestätigt und mahnt die Universitätsleitung sowie den Berliner Senat zu raschen Umsetzungen an.

Der Urabstimmung vorausgegangen war eine Resolution des Studierendenparlaments sowie die Vorbereitungen einer Arbeitsgruppe, auf denen aufbauend der ASTA einen Forderungskatalog den Studierenden der FU zur Abstimmung vorlegte. Unter den Eckpunkten Solidarität, öffentliche Ausfinanzierung, Demokratisierung, Zivilklausel, ökologische Nachhaltigkeit und Selbstbestimmung im Studium wird ein weitgefasseter Umbau der Universität angestrebt, hierin auch viele Forderungen des Bildungstreiks vergangener Jahre.

Zentrale Forderungen an die FU im Bereich des Studiums sind der hürdenfreie Übergang vom Bachelor in den Master, die Abschaffung des Leistungspunktesystems, die Realisierung des Teilzeitstudiums und des Studiengangsplittings, die Abschaffung von Zwangsexmatrikulationen und Zwangsberatungen sowie die Einführung der Option zum studium generale.

Im Bereich der Forschung wird die Einführung einer Zivilklausel gefordert – eine Selbstverpflichtung der Universität, dass die Forschung lediglich zivilen Zwecken zu dienen habe, zudem soll ein Fokus auf ökologische Nachhaltigkeit gelegt werden.

Im Themenbereich Demokratisierung wird die Einführung der Viertelparität mit dem Ziel einer gleichberechtigten Mitbestimmung der Statusgruppen in den akademischen Gremien postuliert sowie die Einführung von Urabstimmungen auf den Ebenen der Institute, der Fachbereiche und der Universität als ganzer, obendrein die Einführung von Instituts- und Fachbereichsversammlungen. Sowohl die Versammlungen als auch die Urabstimmungen sollen Beschlusskompetenzen erhalten. Diese könnten in der Grundordnung festgeschrieben werden, deren Erlass eingefordert wird.

Unter dem Eckpunkt "Solidarität" wird die FU aufgefordert an und in der FU Beschäftigte zu FU-Angehörigen zu machen und ihnen so Mitbestimmungsrechte an der Universität zu gewähren. Weiterhin wird Barrierefreiheit angemahnt, die an

vielen Instituten sowie den Verkehrsmitteln eine miserable Umsetzung vorweist.

Das Land Berlin sieht sich mit Forderungen nach öffentlicher Ausfinanzierung konfrontiert. Die Studierenden der FU schlagen einen neuen Berechnungsschlüssel vor, der Studienplätze am Bedarf der Studieninteressierten ausrichtet und einen Betreuungsschlüssel Studierende zu Professuren von 1:50 aufweist. Die Abschaffung der leistungsbezogenen Mittelvergabe wird angestrebt, welche derzeit über Geldströme die Universitäten beispielsweise dazu anhält, Studierende schleunigst durchs Studium zu jagen. Weiterhin wird eine Erweiterung der Studiengebührenfreiheit vertreten, die sich auch auf Verwaltungsgebühren bei der Rückmeldung sowie auf sog. Weiterbildende Studiengänge erstreckt.

Eine langjährige Forderung Berliner Studierender ist die Abschaffung der "Erprobungsklausel", die über 70 Paragraphen des Berliner Hochschulgesetzes außer Kraft setzt. Eine deutliche Aussage wird auch hinsichtlich der geplanten Einführung spezieller Lehrdozent\_innen getroffen: sie wird abgelehnt, da Forschung und Lehre untrennbar zusammen gehören.

"Die Ergebnisse der Urabstimmung unterstreichen die Forderungen der Studierenden nach einer massiven Überarbeitung des Berliner Hochschulgesetzes.", erklärt Hochschulreferentin Anne Schindler und ergänzt: "Über 90% der Studierenden sprechen sich etwa gegen Zwangsexmatrikulationen und Zwangsberatungen aus, dennoch will Wissenschaftssenator Zöllner sie jetzt sogar in einem Landesgesetz verankern."

Ein Großteil dieser Forderungen steht seit ungezählten Jahren auf der Agenda Berliner Studierendenbewegungen und Berliner Asten. Die Urabstimmung gab den Studierenden die Gelegenheit jenseits ihres Wahlkreuzes auch der Programmatik selbst Legitimität zu verschaffen.

Hochschulreferent Arvid Peschel stellt fest: "Ein Ergebnis von über 90% Ja-Stimmen ist ein höchsterfreuliches Signal, das den Druck auf die Universitätsleitung sowie den Berliner Senat erhöhen wird."

Der ASTA FU bedankt sich bei allen Studierenden und ruft dazu auf, den Protest auch auf die Straße zu tragen.



## Nachrichten

[http://www.asta-fu.de/aktuelles/archiv/a\\_2010/news\\_12-31](http://www.asta-fu.de/aktuelles/archiv/a_2010/news_12-31)

Allgemeiner Studierendenausschuss der FU Berlin  
Aktuelle Meldung vom 31. Dezember 2010

### AStA FU beschließt Urabstimmung



Auf Basis der AG Urabstimmung und auf Grundlage einer Resolution des Studierendenparlaments setzt der AStA FU für den Zeitraum vom 11.-13. Januar 2011 eine Urabstimmung mit dem Titel „Für eine solidarische FU“ an. Entlang der Eckpunkte Solidarität, öffentliche Finanzierung, Demokratie, Zivilklausel, ökologische Nachhaltigkeit und selbstbestimmtes Studium wird ein Katalog an Forderungen aufgestellt, der auf denen vergangener Studierendenproteste fußt und sich an das Land Berlin sowie an die Universitätsleitung richtet. Dem vorliegenden Katalog ging eine Aussprache auf einer Vollversammlung voraus.

Im Nachfolgenden wird der endgültige Urabstimmungstext dokumentiert, in welchen Änderungen entsprechend der Aussprache auf der Vollversammlung am 16.12.2010 eingeflossen sind:

#### **Urabstimmung „Für eine solidarische FU“**

*Diese Urabstimmung dient der Meinungsbildung unter den Studierenden und richtet sich im Kern an das Land Berlin mit der Forderung nach ausreichender Finanzierung sowie nach entsprechenden Änderungen des Berliner Hochschulgesetzes, an die Freie Universität mit der Forderung nach Änderung von Satzungen und Ordnungen, schließlich an die Studierendenschaft zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen.*

Zur Abstimmung steht die Frage:

Stimmst du nachstehenden Forderungen zu? (Ja/Nein)

#### **I. Für eine solidarische FU:**

1. Keine Studiengebühren, auch nicht in Form von Verwaltungs- oder Weiterbildungsgebühren
2. An und in der FU Beschäftigte sollen FU-Angehörige mit entsprechenden Mitbestimmungsrechten werden; dies betrifft Reinigungskräfte, Lehrbeauftragte, Pförtner\_innen und andere
3. Barrierefreiheit der gesamten FU einschließlich der Zugangswege, der Gebäude und der öffentlichen Verkehrsmittel

## **II. Für eine öffentlich finanzierte FU:**

1. Für einen öffentlich ausfinanzierten Grundhaushalt, der sich vor allem nach folgenden Merkmalen richtet: Studienplätze nach tatsächlichem Bedarf der Studieninteressierten und ein Betreuungsverhältnis Professuren zu Studierenden von 1:50
2. Abschaffung der „leistungsbezogenen Mittelvergabe“
3. Ausfinanzierung der grundständigen Lehre und Forschung statt Kurzzeitförderung von Forschungsexzellenz

## **III. Für eine demokratische FU:**

1. Abschaffung der Erprobungsklausel und Einführung einer Grundordnung der FU
2. Viertelparität in allen akademischen Gremien der FU: gleichberechtigte Mitbestimmung von Studierenden, sonstigen Mitarbeiter\_innen, wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen und Professor\_innen
3. Einführung instituts-, fachbereichs- und universitätsweiter Urabstimmungen mit Beschlusskompetenz für alle die Universität auf jeweiliger Ebene betreffenden Entscheidungen
4. Einführung von Instituts- und Fachbereichsversammlungen mit ebensolcher Beschlusskompetenz

## **IV. Für eine friedliche, soziale und ökologisch nachhaltige FU:**

1. Forschung, Lehre und Studium an der FU sollen nur zivilen Zwecken dienen. Als Drittmittelgeber ausgeschlossen werden insbesondere Rüstungsindustrie und Bundeswehr. Eine dementsprechende Zivilklausel ist in die Grundordnung einzufügen
2. Forschung, Lehre und Studium im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft
3. Für eine öko-sozial wirtschaftende Universität (insbesondere Öko-Strom und Recycling-Papier)

## **V. Für ein selbstbestimmtes Studium:**

1. Mindestens ein Drittel der Gesamtstudienleistung muss aus dem gesamten Lehrangebot aller Berliner Hochschulen frei wählbar sein (studium generale)
2. Keine Anwesenheitskontrollen
3. Gegen eine reine Arbeitsmarktorientierung des Bachelor-Studiums
4. Hürdenfreier Übergang vom Bachelor in den Master
5. Kooperative Lehr-Lern-Prozesse statt Leistungspunkte-System
6. Für die Realisierung des Teilzeitstudiums
7. Für die Möglichkeit des Studiengangsplitting: Nebenfächer und Modulangebote sollen an anderen Hochschulen belegt werden können
8. Gegen Zwangsexmatrikulationen und Zwangsberatungen
9. Gegen die Einführung von Lehrprofessuren und speziellen Lehrdozent\_innen: Forschung und Lehre gehören untrennbar zusammen